

450

Prof. Dr. Wolfgang Peitz  
Tieckstr. 17

Dresden, 20.02.2002

01099 Dresden

An den  
Sächsischen Staatsminister des Innern  
Herrn Klaus Hardrath (persönlich)  
Archivstr. 1

01097 Dresden

Sehr geehrter Herr Minister Hardrath,

noch nie wurde ich in meinem Leben mit einem so skandalösen Sachverhalt konfrontiert, daß ich einen Minister damit sich zu beschäftigen, genötigt hätte. Ich tue dies heute zum ersten Mal, weil das, was Sie als Minister zu verantworten haben, den Widerstand des Bürgers in mir aufruft. Sie ahnen, worum es geht: Es geht um den „Fall Kempen“.

Ich habe versucht, zu Beginn der Auseinandersetzungen, nachdem ich gesehen hatte, in welche Richtung die Streitigkeiten zu eskalieren drohten, zu verhindern, daß daraus großer Schaden für das Gemeinwesen entstünde. Es war vergeblich. Sowohl Ihr Regierungspräsident als auch die Vertreter Ihres eigenen Ministeriums waren hochnäsiger genug (was übrigens immer eine Form der Dummheit ist), eine Vermittlung gar nicht erst in Erwägung zu ziehen. Im Gegenteil: Die Mitarbeiter der Behörden, die das versuchten, Dr. Linnemann in Ihrem Hause und Herr Hagenberg im Regierungspräsidium, wurden relegiert. Das entsprach natürlich der ausgegebenen Devise: Hinhalten und Totschweigen. Dieses alles hat zum Glück nicht gefruchtet. Und jetzt:

Mit Konrad Adenauer: „Die Situation ist da.“ Alle Beteiligten werden, weil sie über Monate einen pflichtvergessenen Bürgermeister gedeckt haben, nicht nur große Probleme bekommen, sondern sie werden zur Verantwortung gezogen werden. Wir betrachten, sehr gelassen, als Außenstehende, den Vorgang und rekapitulieren:

1. Station: unfähiger Bürgermeister, für dessen betrügerische Machenschaften die Beweise auf dem Tisch liegen (und zwar gleich in mehreren Fällen: Stichwort: Kempen, Stichwort: Stöhr, Stichwort: Lange usw.)
2. Station: Landrat Dr. Schramm, der seine Amtspflichten verletzt, am Ende von seinen eigenen Entscheidungen abrücken muß, mit denen er versucht hatte, den Bürgermeister zu decken.
3. Station: Regierungspräsident, der sich schuldig macht, weil er, trotz schriftlicher Aufforderung, nicht einschreitet, damit seine Amtspflichten verletzt, damit selbstverständlich **nicht**, wie es seine Pflicht gewesen wäre, Schaden

vom Gemeinwesen abwendet. Gegen ihn wird mit Recht von der Staatsanwaltschaft ermittelt.

4. Station: Sie, Herr Innenminister, als letztes verfassungsmäßiges Aufsichtsorgan, auch Sie haben versagt, auch Sie haben sich zu verantworten, der Sie sich offensichtlich in Ihrer eigenen Behörde nicht durchsetzen können, weshalb Sie sich wegen falscher Berichterstattung dem Parlament gegenüber dreimal korrigieren mussten. Ein niederschmetterndes Armutszeugnis für Ihre Amtsführung! Sollte Parteiloyalität der Grund für dieses Fehlverhalten sein? Sollte dies der Fall sein, was ich nicht annehmen möchte, dann würden Sie sich mitschuldig machen an diesen Korruptionsverhältnissen! Auch Sie sind nicht eingeschritten, als Ihr Einschreiten angemahnt wurde.

Der Schadensersatz, der auf den Freistaat Sachsen zukommt, sei es wegen Unfähigkeit Ihres Ministeriums, Faulheit des Regierungspräsidiums oder falschverstandener Parteiloyalität des Landratsamtes und damit sämtlicher Kontrollinstanzen, die aber letztendlich **Sie alleine** zu verantworten haben, dieser Schadensersatz wird sich auf einen hohen Millionenbetrag belaufen. Da wüsste ich gerne, in welchem Umfang Sie, Minister Hardrath, Ihr Staatssekretär Buttolo, der Regierungspräsident Nolze und Landrat Schramm dafür einstehen wollen. **(Ich möchte gerne wissen, wie sie alle vier den Schaden zu bezahlen gedenken, den sie angerichtet haben, und für den jeder Unternehmer in diesem Land in Regress genommen würde.)** Sie alle vier haben einen Amtseid geschworen, Schaden vom Gemeinwesen fernzuhalten. Das haben sie nicht getan. Diesen Schaden haben sie alle vier mit dem pflichtvergessenen Bürgermeister zu verantworten. Leider gibt es viel zu wenige Bürger, die von Ihnen diese Rechenschaft verlangen. Ich verlange diese Rechenschaft. **Und es wird auch richtig sein, sie alle persönlich in Regress zu nehmen.**

Ich ziehe die Summe: Sie alle, die ich genannt habe, dachten, sie könnten einen ehrlichen und unbescholtenen – und dafür kann ich den lückenlosen Beweis antreten - Unternehmer, der hier in den neuen Bundesländern Aufbauleistung vollbringen wollte, in den Ruin treiben, damit sich die von der Administration verursachten Probleme für Sie und die anderen Genannten und deren Behörde von alleine lösen würden, seien deren Motive krimineller Art, Faulheit oder Unfähigkeit. Ich versichere Ihnen, Herr Minister, damit gehen Sie in die Irre. Noch ist mein Glaube an unseren Rechtsstaat nicht gänzlich erschüttert. Es gibt ausreichend Möglichkeiten für Menschen wie mich, um diese Art „Regierungskriminalität“ anzuprangern, zu bekämpfen und unfähige Staatsdiener in ihre Schranken zu verweisen. Und ich und meine Freunde, die hinter Herrn Kempen stehen, werden diese Möglichkeiten alle ausschöpfen, da können Sie sicher sein!

Mein Ratschlag an Sie, Minister Hardrath, kann nur sein: Sie sollten auf dem schnellsten Wege Aktivitäten entfalten, um dem Recht die Bahn zu brechen. Sollten Sie es unterlassen und aus Bequemlichkeit - ich zitiere aus einem Ihrer Briefe – sagen „ich sehe keinen Grund, in dieser Sache einzuschreiten“, dann machen Sie sich mitschuldig an kriminellen Vorgängen. Und Menschen wie ich werden Sie sehr schnell dahingehend eines Besseren belehren, daß dergleichen auch Ministern nicht erlaubt ist.

Im übrigen werden Sie die „Schandtaten“, die Sie mitzuverantworten haben, in rascher Folge in den Medien und bei den Gerichten wiederfinden. Sie hätten, wie alle

anderen Genannten, den Ruin eines ordentlichen Unternehmers mindestens „billigend in Kauf genommen“. Jeder andere Bürger, der nicht soviel Standfestigkeit gehabt hätte wie Herr Kempen, wäre zweifellos der Willkür jetzt unserer Behörden – so wie das oft genug in der untergegangenen DDR geschehen ist - ausgeliefert gewesen und damit zugrunde gegangen. Das wollen wir nicht! Müßten Sie das mitverantworten, sollten Sie sich dafür schämen. Das sage ich Ihnen. Dafür stehe ich ein. Dafür käme ich sogar in Ihr Ministerium, um es Ihnen persönlich zu sagen.

Als Jurist, der Sie eigentlich sind, sollten Sie den Sprengsatz, der in allem, was ich Ihnen vorgetragen habe, steckt, erkennen können.

Nota bene: An Ihrer Stelle würde ich mich dem Herrn Ministerpräsidenten offenbaren, der von diesen Dingen wahrscheinlich nicht die geringste Ahnung hat, damit nicht auch er noch in den letzten Monaten seiner Amtszeit, über dieser Sache, die er wahrlich nicht zu verantworten hat, Schwierigkeiten bekommt, und die ich sehr bedauern würde, allein deshalb, weil ich Kurt Biedenkopf außerordentlich schätze. Tun Sie um Gotteswillen jetzt endlich das Gebotene.

Ich begrüße Sie höflich

Prof. Dr. Wolfgang Peitz

Kopie dieses Schreibens an:  
den Vorsitzenden der CDU Sachsen Herrn Minister z.D. Prof. Dr. Milbradt  
Herrn Minister a.D. Heinz Eggert  
den Sächsischen Staatsminister für Finanzen Herrn Dr. Thomas de Maizière  
den Sächsischen Staatsminister der Justiz Herrn Manfred Kolbe  
die parlamentarischen Geschäftsführer der im Landtag vertretenen Parteien

Prof. Dr. Wolfgang Peitz  
Tieckstr. 17

Dresden, 20.02.2002

01099 Dresden

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen  
Herrn Staatsminister Dr. Thomas de Mezière  
Carolaplatz 1

01097 Dresden

Sehr geehrter Herr Minister de Mezière,

leider muß ich Ihnen ein Schreiben zur Kenntnis geben, welches ich heute an den Minister des Innern im Freistaat Sachsen schicken musste. Da Sie mit diesen unerfreulichen Vorgängen spätestens dann konfrontiert werden, wenn der Freistaat Schadensersatz leisten muß, erlaube ich mir den Hinweis, dass Sie schon vorsorglich einen höheren Millionenbetrag in Ihren Haushalt einstellen sollten. Ich finde dieses einen besonders ärgerlichen Vorgang, weil unser Solidaritätszuschlag nicht dazu gedacht war, Schäden auszugleichen, die pflichtvergessene Staatsdiener anrichten. Ich denke doch, wir wollten damit zügig das Land aufbauen. Einen weiteren Kommentar zu den Vorgängen möchte ich mir ersparen.

Ich begrüße Sie höflich

Prof. Dr. Wolfgang Peitz

Prof. Dr. Wolfgang Peitz  
Tieckstr. 17

Dresden, 03.04.2002

01099 Dresden

An den  
Sächsischen Staatsminister des Innern  
Herrn Klaus Hardraht (persönlich)  
Wilhelm-Buck-Str. 2

01097 Dresden

Sehr geehrter Herr Minister Hardraht,

es ist ja sehr nett, dass Sie mich wenigstens einer lakonischen Antwort würdigen. Indessen, Lakon war ein kluger Mann. Keine Angst, ich beginne mit Ihnen bestimmt nicht einen ausführlichen Briefwechsel, schon deshalb nicht, weil wir beide sicher sein dürften, damit nicht in die Literaturgeschichte einzugehen.

Aber eines sollten Sie, denke ich, im Laufe Ihres Lebens gelernt haben: Unsinn wird dadurch nicht zur Wahrheit, daß man ihn wie eine tibetanische Gebetsmühle beständig wiederholt, was im Sinne der Dialektik, wenngleich eine sehr primitive Dialektik, die „Masche“ Ihres Hauses zu sein scheint.

Zur Sache: Es geht eben nicht um zivilrechtliche Auseinandersetzungen – oder zumindest nicht in erster Linie. Es geht nicht um Äußerungen Dritten gegenüber, die schwebende Verfahren betreffen könnten. Diese verwaltungsrechtlichen Verfehlungen haben die zivilrechtlichen Streitigkeiten erst ausgelöst. Meine Rüge betrifft also alleine und ausschließlich verwaltungsrechtliche Vorschriften, somit Ihre ureigenste Domäne. Diese verwaltungsrechtlichen Verfehlungen haben die zivilrechtlichen Streitigkeiten erst ausgelöst. Ich habe mich noch einmal überzeugt: die Sächsische Bauordnung ist nicht in chinesisch abgefasst. Würden Sie sich die Mühe machen und den Text nachlesen, kennten Sie die Verfehlungen. Daß die Stadt Penig zu dämlich ist, Baulasten korrekt zu bestellen, ist bedauerlich und kann vorkommen. Aber wider besseres Wissen auf Rechtsbrüchen zu beharren ist in unserer Republik strafbar. Daß das Landratsamt, um Hilfestellung gebeten, ebenfalls in einer Weise tätig wird, die wiederum der Sächsischen Bauordnung nicht zur Wirkung verhilft, sondern zu neuem Rechtsbruch verleitet, ist ebenfalls strafbar. Daß die dritte Verwaltungsebene, das Regierungspräsidium, auf Anmahnung gar nicht erst tätig wird, setzt die Misere fort. Und am Ende steht Ihr Haus, und was dort verkündet wird, Ihr Brief zeigt es wieder, gehört in die Rubrik „grober Unfug“.

Auf meinen ersten Brief hin hätte ich von Ihnen erwartet, als Mann hinzustehen und zu sagen: „Jawohl, da ist einiges schiefgelaufen, ich konnte mich davon überzeugen, dass alle Kontrollinstanzen versagt haben, ich mache die Angelegenheit zur Chefsache und werde alle Verantwortlichen hier in meinem Ministerium zur

Rechenschaft ziehen und mich dann bemühen auf anständige Weise – (ich betone: auf anständige Weise) – die Angelegenheit in Ordnung zu bringen." Ich bin vielleicht ein wenig altmodisch. Aber dergleichen erwarte ich von einem Minister, statt mit Floskeln und Worthülsen zu versuchen, sich herauszuwinden. Sie glauben gar nicht, verehrter Herr, wie lächerlich dergleichen auf mich wirkt.

Ich begrüße Sie höflich

Prof. Dr. Wolfgang Peitz

Prof. Dr. Wolfgang Peitz  
Tieckstr. 17

Dresden, 03.04.2002

01099 Dresden

An den  
Vorsitzenden der CDU Sachsen  
Herrn Prof. Dr. Georg Milbradt

Sehr geehrter Herr Milbradt,

leider muß ich Sie aus gegebenem Anlaß noch einmal belästigen. Auf mein Schreiben an den Herrn Sächsischen Staatsminister des Innern, Klaus Hardraht, welches Sie kennen, und das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ, auf dieses Schreiben haben ich nach 4 (sic!) Wochen eine Antwort bekommen, die ich nicht unkommentiert hinzunehmen willens war.

Meine Antwort auf das Schreiben von Herrn Hardraht, das plump an der Sache vorbeierargumentiert, musste ich erwidern. Diese Erwidern mache ich Ihnen zugänglich, weil ich fürchte, dass diese unselige Angelegenheit womöglich noch in die neue Administration hineingeschleppt wird und dem womöglich neuen Mann eine völlig unnütze Bürde auflädt. Ich fände es ausgesprochen misslich, wenn Sie, sehr geehrter Herr Milbradt, der Sie eine Erneuerung der CDU Sachsens erstreben, mit diesen Unerfreulichkeiten sich auseinanderzusetzen hätten, nur weil ständig in der Presse und den anderen Medien diese verwaltungsrechtlichen Verfehlungen gegeißelt werden. Ich weiß ganz sicher, dass die Medienberichte solange nicht aufhören werden, bis die Angelegenheit in Ordnung gebracht ist.

Es wird doch wohl irgend einer in dieser alten Regierung der Vernunft zum Durchbruch verhelfen können, um diesen leidigen Vorgängen, die noch dazu erhebliche zivilrechtliche Konsequenzen haben und das Land Sachsen womöglich hohe Schadensersatzsummen kosten werden, endlich zu einem Ende zu verhelfen. Nicht zum wenigsten hoffe ich dabei auf Ihre Intervention.

Ich begrüße Sie höflich

Prof. Dr. Wolfgang Peitz

Prof. Dr. Wolfgang Peitz  
Tieckstr. 17

Dresden, 05.05.2002

01099 Dresden

An den  
Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen  
Herrn Prof. Dr. Georg Milbradt  
Staatskanzlei

Dresden

durch Boten

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident Milbradt,

wovon ich in meinem letzten Schreiben ausging, ist eingetreten: Sie sind der neue Ministerpräsident des Freistaates Sachsen. Dazu möchte ich Ihnen von ganzem Herzen meine Glückwünsche übermitteln und mit ihnen die Hoffnung verbinden, dass Sie bei Ihrem Wirken stets eine glückliche Hand haben und dass Ihnen als Ministerpräsident der gleiche Erfolg beschieden sein möge, wie er Ihnen als einstiger Finanzminister selbstverständlich war.

Ich hatte sehr gehofft, dass der Streitfall Kempen / Stadt Penig die neue Administration nicht mehr belasten würde. Leider war ich in diesem Punkte zu optimistisch. Es wäre aber fatal und m. E. gegen jede politische Fairness, wenn der neue Innenminister, dem ein untadeliger Ruf vorausgeht, sich mit diesen leidigen Machenschaften konfrontiert sähe und schon die erste gravierende Belastung in seinem Amte zu bestehen hätte, nur weil ein Staatssekretär, den er anscheinend übernehmen muß, ein überanstrengtes Verhältnis zu Wahrheit, Geradlinigkeit und Pflichterfüllung hat. Das war doch wohl der Grund, warum sich der unglückselige Innenminister Hardraht mehrmals vor dem Parlament korrigieren musste. Was waren das doch für Zeiten, da in England ein Minister, Mr. Profumo, nicht wegen einer Call-Girl-Affäre „seinen Hut nehmen musste“, sondern **weil er das Parlament belogen hatte!**

Man wird kaum behaupten können, dass der in Rede stehende Staatssekretär vor dem Petitionsausschuß eine gute Figur gemacht hat. Im Gegenteil: Sein Auftritt kann nur als blamabel bezeichnet werden. Mir wurden selbstverständlich alle Einzelheiten dieses Auftritts aus dem Ausschuß sofort berichtet, und ich habe keinen Grund, am Wahrheitsgehalt der Berichte zu zweifeln.

Aber meine Sorge ist eine ganz andere: Diese Angelegenheit Penig schleppt sich „wie eine üble Krankheit“ fort und wird völlig unnötiger Weise, wenn Sie nicht

eingreifen, Ihre Administration belasten. Und zwar mit den nachdrücklichsten wie unangenehmsten Folgen für die CDU. Und das zu einer Zeit, in der wir dergleichen am wenigsten brauchen können. Es kann doch nicht angehen, dass ein pflichtvergessener und verlogener Bürgermeister der Ausgangspunkt dafür ist, dass eine ganze Administration in Misskredit gerät – und nun denn jetzt unbescholtene und integere Minister außerdem – nur weil alle anderen Aufsichtsbehörden versagt haben, ein Staatssekretär, aus falsch verstandener Kumpanei, das Ganze deckt und daraus unabsehbarer Schaden für die Gesamtpartei entsteht. Und das in einer Situation, da wir im Bund vor einer Richtungswahl stehen, die Wahl von Edmund Stoiber keineswegs gesichert ist, und wir alle Kräfte bündeln müssten, wollten wir das rot-grüne Katastrophen-Bündnis endlich wieder ablösen. Ich finde es beschämend, wenn ohne Rücksicht auf Verluste, hier in Sachsen, der CDU ein solcher Schaden zugefügt würde! Was, glauben Sie, was bei der Wahl, im September, hier in Sachsen, geschieht, wenn über Internet und die Presse diese leidige Affäre immer weiter hochgespielt wird. Inzwischen – höre ich – recherchiert das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“, die verschiedenen Fernsehsender bemühen sich um den Stoff usw. usw. Das kann doch so nicht weitergehen. Im Hinblick auf die Wahlen, im Hinblick auch auf Ihre eigene Wahl 2004, bitte ich Sie, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, sehr nachdrücklich, setzen Sie diesem Trauerspiel innerhalb der Partei ein Ende! Das kann doch so ein großes Kunststück nicht sein! Denn, werden in Kürze die Gerichte gesprochen haben und alle Auseinandersetzungen durch alle gerichtlichen Instanzen gegangen, wird der Schaden für den Freistaat unabsehbar sein. Und weder Sie, noch irgend ein anderer Politiker wird diesen Schaden, der für den Freistaat dann entstanden sein wird, doch wohl verantworten mögen.

Ich hoffe, dass Sie, sehr verehrter Herr Ministerpräsident Milbradt, wie in der Vergangenheit, mir auch diesmal das offene Wort nachsehen. In Ihrem Amt wünsche ich Ihnen Glück und Gottes Segen und bin mit allen guten Wünschen für Ihr Wirken

Ihr

Dr. Wolfgang Peitz

Prof. Dr. Wolfgang Peitz  
Tieckstr. 17

Dresden, 20.02.2002

01099 Dresden

An den  
Vorsitzenden der CDU Sachsen  
Herrn Prof. Dr. Georg Milbradt

Sehr geehrter Herr Milbradt,

leider sah mich gezwungen, einen etwas geharnischten Brief an den Herrn Innenminister zu schreiben, was normalerweise nicht meine Art ist. Da ich davon ausgehe, dass Sie als Parteivorsitzender der CDU Sachsen auch der neue Ministerpräsident sein werden, halte ich es für meine Pflicht, Sie über einen Vorgang zu informieren, der sich allmählich zu einem Skandalon erster Ordnung auszuweiten droht.

Sie werden in Kürze ein schweres Amt übernehmen, um das ich Sie nicht beneide. Im Lande liegt vieles im Argen, was dazu führt, dass die Arbeitslosenzahlen steigen, mittelständische Unternehmer wegen mangelnder Rechtsunsicherheit bei Genehmigungsverfahren sich scheuen, im Freistaat zu investieren. Und wenn wir dann noch bei den Arbeitslosenzahlen die 20%-Marke durchstoßen, dann bekommt die Politik ein Problem.

Es kann doch wohl nicht angehen, dass durch pflichtvergessene Beamte Arbeitsplätze vernichtet werden und außerdem dem Land große Schadensersatzsummen abverlangt werden. Dafür war der Solidaritätszuschlag mit Sicherheit nicht gedacht.

Auf Sie wartet, sehr verehrter Herr Milbradt, nicht nur viel Arbeit, auch mühen und Verdruß. Daß Sie allzeit bei der Bewältigung Ihrer zukünftigen Aufgaben eine glückliche Hand haben mögen, wünsche ich Ihnen von ganzem Herzen und hoffe es für den Freistaat Sachsen.

Ich begrüße Sie höflich

Prof. Dr. Wolfgang Peitz

Prof. Dr. Wolfgang Peitz  
Tieckstr. 17

Dresden, 04.06.2002

01099 Dresden

An den  
Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen  
Herrn Prof. Dr. Georg Milbradt  
Staatskanzlei

Dresden

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident Milbradt,

nun ist tatsächlich eingetreten, was ich befürchtet habe: Der leidige Skandal um diese Penig-Angelegenheit belastet seit dem 03.06. nun glücklich die neue Administration, was ich unter allen Umständen verhindern wollte. Ich werde den Verdacht nicht los, dass Sie an den Rand meiner an Sie gerichteten Briefe geschrieben haben „Was ist damit? Prüfen!“ Dergleichen hätte ich als völlig normale Reaktion eines Ministerpräsidenten erwartet. Mit Ihren politischen Beamten und mit den Strukturen, die hier im Lande herrschen und die auch in Ihrer Partei verankert sind, kommen Sie damit zu keinem vernünftigen Ziel: Denn Sie werden nicht richtig informiert, sondern halb-richtig informiert, was schlimmer ist, und werden gezielt mit Fehlinformationen abgespeist, und es wird versucht, wie es im Politikerjargon heißt, „die Dinge herunterzuspielen“. (Selbstverständlich eine andere Formulierung für das unerfreuliche Wort „Lüge“)

Doch zur Sache: Es wird ernst. Wenn wir Politikern und der Exekutive durchgehen lassen, was ich in der Sache HMK erfahren habe, dann hört dieses Land irgendwann auf, ein Rechtsstaat zu sein. Ich weiß nicht, was Ihr Vorgänger im Amt hier bewirkt hat, ob er Hofschranzen oder verantwortungsbewusste Politiker herangezogen hat, auf keinen Fall hat er verantwortungsbewusstes Handeln im Sinne der Verfassung befördert. Nun kann man andererseits immer nur auf das Personal zurückgreifen, dass man vorfindet. Mit dem Personal, das Sie vorfinden, können Sie im buchstäblichen Sinne wahrlich „keinen Staat machen“.

Im angesprochenen casus, für den ich mich nachdrücklich verwenden **muß**, weil mein Rechtsempfinden Anderes gar nicht zulassen würde, streifen wir bereits den Rand des Verbrecherischen. Ich möchte meine Ansicht begründen: Ein unbescholtener Bürger plant als Unternehmer etwas, was einem vom Volk gewählten Bürgermeister nicht passt. Es kommt zu einem Dissens, der Bürgermeister bricht das Recht. Er erreicht auf diesem Wege, **ich betone es**: durch Prozessbetrug, einen falsch verstandenen Richterspruch. Das ist der Beginn einer Intrige.

Erster Akt: Des Bürgermeisters Kalkül ist aufgegangen und da er töricht ist, wähnt er sich im Recht: „Oh, ich bin klug und weise und mich betrügt man nicht.“ Er macht

Front gegen den Widersacher und versucht, ihm zu schaden, wo immer er kann. Dazu braucht er Rückendeckung. Die bekommt er. Bei der nächst höheren Instanz, dem Gesinnungsbruder. Gevatter Landrat. Der tut nun nicht mehr, was seines Amtes ist. Er versagt dem Bürger auf seine Bitten hin expressis verbis seine Hilfe. Und deckt damit die Schandtaten des Bürgermeisters.

Zweiter Akt: Der „unverschämte“ Bürger gibt nicht auf. Er wendet sich an die nächste Instanz. Regierungspräsident. Der Herr Regierungspräsident glaubt, loyal sein zu müssen und beschäftigt sich am besten gar nicht mit dem Fall, er fragt auch nach keiner Akte: „Sehe keinen Grund einzuschreiten.“

Regieanweisung: Die Protagonisten beschließen, der Mann wird lästig: „Sie müssen, lieber Bürgermeister und Landrat“, spricht der Regierungspräsident, „den Mann zur Strecke bringen.“ „Kein Problem“, sagen die beiden. „Wir sitzen im Verwaltungsrat der Sparkasse, der Energiebehörden und vieler anderer Institutionen.“ (Darüber wird der Bürger unter Druck gesetzt. Der Schaden wird groß. Und beide haben mit der Idee, den Bürger in den Ruin zu treiben, fast Erfolg. Fast.)

Dritter Akt: Der Bürger ist hartnäckig. Er hat Angst vor seinem Untergang und wendet sich folgend dem Gesetz an die **oberste** Aufsichtsbehörde, den Innenminister. Dieser ist ein schwacher Mann, zudem kein guter Verwaltungsjurist. Er weiß nicht, wie er handeln soll. Ihm ist der Bürger lästig. Und er gibt die Sache an seinen Vertreter. Das Unrecht dem Bürger gegenüber schreitet fort. Der Minister: „Kein Grund, einzugreifen“, unterschrieben von seinem Stellvertreter.

Vierter Akt: Das Schicksal schreitet schnell fort. Der Bürger taumelt seinem Ruin entgegen und denkt: „Es gibt doch noch Recht und Verfassung.“ Er ruft die eigene Vertretung an, das Parlament, und erfährt: In der Legislative hat die Exekutive die Mehrheit. Und nun registriert er: die Gewaltenteilung existiert nicht mehr. Er verzweifelt, denn er hat Frau und Kind zu versorgen, wo will er Recht suchen? Was bleibt? Die Petition! Er beschreitet den letzten Weg.

Fünfter Akt: Klassisches Drama. Also Peripetie (Glücksumschwung). In der Tragödie führt dies zum Untergang, in der Komödie zum Gelächter. Beides ist möglich. Im Augenblick, Herr Ministerpräsident, haben Sie die Wahl. Mit der ersten Version fliegt ihre ganze Regierung mit Schande aus dem Amt, in der zweiten auch, aber mit Gelächter. Ich würde die zweite vorziehen. Es sei denn, Sie schalten Ihres Amtes als Deus ex machina.

Am Ende das Satyrspiel: Der Bürger müsste denken, falsch war mein Begehrt. Es handelt sich gar nicht um Gewählte, sondern um Geweihte und Gesalbte, denen in schauernder Ehrfurcht zu begegnen ist. Da erklingt der Zwischenruf von Ariel: „Bürger“, sagt Ariel „es ist nicht, wie Franz Josef Strauß befürchtet hatte, es sind nur pflichtvergessene Staatsdiener, die Du erwählt hast! Treibe sie aus dem Amt. Weise ihnen ihre Pflichtvergessenheit nach und lasse sie bestrafen.“ Das sagte - wie bei Lessing - mit Emphase, „der weise Richter“.

Beste Grüße

Prof. Dr. Wolfgang Peitz